

Antrag

Bearbeitung: Katja Mentz (E-Mail: Telefon:)

Fraktion grün+alternativ+links (GAL): AT zu VO/2016/04155 Homo- phobie tötet - Keine Vergabe oder Vermietung städtischer Räum- lichkeiten an homosexuellenfeindliche Parteien und Organisationen

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
29.09.2016	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Der Bürgermeister wird aufgefordert,

1. dafür zu sorgen, dass städtische Räumlichkeiten und die der städtischen Gesellschaften nicht an homosexuellenfeindliche Parteien und Organisationen vergeben oder vermietet werden.
2. der Bürgerschaft in der nächsten Sitzung ein Konzept vorzulegen, wie verhindert werden kann, dass Straßen und Plätze der Hansestadt Lübeck für homosexuellenfeindliche Propaganda und Hetze missbraucht werden können und homophobe Organisationen und Parteien dort Veranstaltungen durchführen dürfen.
3. Der Bürgerschaft ist in der Novembersitzung über die Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Die Mitglieder der GAL-Fraktion waren entsetzt über den Terroranschlag auf den Homosexuellen Club Pulse in Orlando, USA.

Aber auch Deutschland erlebt wieder eine rückwärtsgewandte Diskussion über den Umgang mit der Vielfalt sexueller Identitäten und Orientierungen. Mit homophoben, sexistischen und rechtspopulistischen Parolen sollen all jene Menschen ausgegrenzt werden, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechen.

Dies ist die Saat für brutale Gewalt gegen Lesben, Schwule, Transgender sowie Trans- und Bisexuelle und für terroristische Gewalttaten gegen diese Menschen.

Homophobie tötet!

So werden insbesondere in afrikanischen und in muslimischen Staaten gleichgeschlechtliche Handlungen immer noch strafrechtlich verfolgt. In einigen Ländern wird dafür sogar noch die Todesstrafe verhängt und homosexuelle Menschen hingerichtet.

Opfer der immer noch weit verbreiteten Homophobie sind in unserem Land vorrangig homosexuelle Jugendliche, deren Selbstmordrisiko gegenüber heterosexuellen Altersgenossen um das vier- bis sechsfache erhöht ist.

Homosexualität gehört jedoch zu unserem Land und homosexuelle Menschen sind ein Teil davon. Aufgabe unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist es, Lesben, Schwule, Transgender sowie Trans- und Bisexuelle vor Homophobie, vor Gewalt und vor Diskriminierungen zu schützen und ihnen ein Leben zu ermöglichen, das ihrer jeweiligen sexuellen Orientierung entspricht.

Die GAL-Fraktion steht für Akzeptanz und Toleranz und wird allen Formen der verbreiteten

Homosexuellenfeindlichkeit entgegenzutreten und diese nicht tatenlos hinnehmen. Dies muss auch für die Hansestadt Lübeck gelten. Deshalb dürfen keine städtischen Räumlichkeiten und keine Straßen und Plätze der Hansestadt für homosexuellenfeindliche Propaganda und Hetze missbraucht werden.

Anlagen :

Vorsitzende/r
der GAL - Fraktion